

1. Altersdiskriminierung

Der Rat der Stadt Koblenz hat sich am 27.9.2018 in einer EntschlieÙung einstimmig gegen jede Form von Altersdiskriminierung gewandt; Der Kreistag Mayen-Koblenz hat am 19.11.2018 eine gleichlautende EntschlieÙung ebenso einstimmig angenommen. Werden Sie im Einklang mit Grundgesetz und Landesverfassung Schritte gegen willkürliche Altersgrenzen in Gesetzen, Satzungen und Kirchenordnungen unterstützen? Werden Sie sich dafür einsetzen, älteren Menschen grundsätzlich dieselben Vergünstigungen wie anderen nicht erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen zu gewähren (soziale Meistbegünstigung)?

SPD-Fraktion:

Die SPD-Ratsfraktion hat dem Beschluss zur Abschaffung starrer Altersgrenzen zugestimmt. Insofern ist dieser Beschluss auch Auftrag, in der Zukunft gegen willkürlich gesetzte Altersgrenzen in Gesetzestexten oder ähnlichem zu kämpfen. Auch Vergünstigungen für ältere Menschen in verschiedenen Bereichen halten wir für unterstützenswert.

2. Pflege

Die Beschäftigung mit den Folgen der demografischen Entwicklung - Anwachsen des älteren Teils der Bevölkerung – wird in Koblenz seit 1975 als kommunale Aufgabe gesehen. Dabei stehen Betreuungs- und Pflegedienste im Vordergrund. Werden Sie sich für den bedarfsgerechten Ausbau und die Unterstützung von – auch kultursensiblen - Pflegediensten und -einrichtungen – z.B. als Fortsetzung staatlicher Modellprojekte wie der Gemeindeschwester plus - einsetzen und insbesondere die Weiterentwicklung häuslicher Pflege auch durch Angehörige, die älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben im bisherigen Lebensumfeld gestattet, fördern?

SPD-Fraktion:

Der Bereich der Pflege ist in vielerlei Hinsicht eine große Aufgabe für die Zukunft. Neben dem wichtigen Thema der Arbeitsbedingungen und Fachkräftegewinnung für den Pflegebereich ist es uns selbstverständlich auch ein großes Anliegen, Pflegeeinrichtungen und –dienste in der Kommune zu unterstützen. Ebenso sehen wir das Thema der häuslichen Pflege als sehr wichtig an. Auch hier sind Rahmenbedingungen wichtig, in denen Angehörige, die diese Aufgabe übernehmen, entlastet werden.

3. Mobilität

Zum selbstbestimmten Leben im Alter gehört auch der Erhalt der Mobilität, u.a. durch Förderung alternativer Bedienungsformen, erweiterte Linienführung und günstigere Preisgestaltung im ÖPNV. Werden Sie sich für mehr finanzielle Förderung des ÖPNV aus kommunalen Mitteln einsetzen? Werden Sie die finanzielle Gleichstellung von Senioren mit anderen Bevölkerungsgruppen (kostenfreie oder kostengünstige Beförderung) unterstützen? Werden Sie Maßnahmen zur fußgängerfreundlichen und barrierefreien Verkehrsgestaltung (Diagonalgrün, Trennung von Fuß- und Radwegen) finanziell fördern?

Wie soll bei der Modernisierung des ÖPNV die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden?

SPD-Fraktion:

Koblenz schlägt mittlerweile den Weg weg von einer autoorientierten Stadt ein. Die SPD unterstützt dies und will die Verkehrswende 2020. Hier kämpfen wir für einen stadtweiten 15-Minuten-Takt der Buslinien tagsüber und vor allem für das 2-Euro-Ticket. Darüber hinaus setzen wir uns bereits seit Jahren für bessere Rad- und Fußwegeverbindungen ein und werden dies auch weiterhin tun, damit Koblenz eine fahrrad- und fußgängerfreundliche Stadt wird. Für eine höhere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger könnte eine neue Ausrichtung des Fahrgastbeirates der Stadt Koblenz sorgen.

4. Miteinander der Generationen

Begegnung der Generationen und Beteiligung auch der älteren Generation an allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind seit 2012 erklärtes Ziel der EU und haben in RLP zum Leitbild des „Zusammenlandes“ geführt. Werden Sie dementsprechend Formen gemeinschaftlichen und generationenübergreifenden Wohnens (neben Mehrgenerationenhäusern auch die Ausweisung entsprechender Stadtquartiere nach dem Muster des Speyerer Modells), Maßnahmen, die Begegnungen erleichtern (wie das Sitzgruppenprojekt des Seniorenbeirates Koblenz, aber auch Begegnungsstätten, gemeinsames Essen u. ä.) unterstützen? Werden Sie die Einrichtung eines ortsfesten, besucherfreundlichen und barrierefreien Marktes im Innenstadtbereich, aber auch von Märkten in den Stadtteilen als Zentren der Nahversorgung sowie der Begegnung und Kommunikation fördern?

SPD-Fraktion:

Im Rahmen der dringenden Erweiterung des Wohnraumangebotes ist es uns wichtig, dass ein breites Angebot vorherrscht. Dazu gehören auch Angebote des Mehrgenerationenwohnens sowie die Förderung von Begegnungsstätten. Die gelungene Diskussionsveranstaltung ‚Gemeinsam Wohnen in Koblenzer Stadtteilen‘ am 11. April hat gezeigt, dass Modelle wie das ‚Speyerer Modell‘ nicht unbedingt eins zu eins auf Koblenz übertragbar sind. Dennoch müssen situationsbedingte und auf die Kommune zugeschnittene Lösungen gefunden und geschaffen werden.

Die SPD Koblenz setzt sich bereits seit langem für die Einrichtung von barrierefreien Märkten in den Stadtteilen und in der Innenstadt ein. Da mit den bisherigen Instrumenten kein gut funktionierender Markt im Innen-/ Altstadtbereich realisiert werden konnte, hat die SPD-Fraktion eine zeitweise Abschaffung der Standgebühren und eine Veränderung der Marktzeiten beantragt, um einen Wochenmarkt für Koblenz zu etablieren. Grundsätzlich ist uns eine gute Nahversorgung in den Stadtteilen wichtig und wir werden uns weiter beharrlich dafür einsetzen.

5. Bürgerbeteiligung

Nicht ohne uns über uns – dieser Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention lässt sich heute auf viele Bereiche des kommunalen Miteinanders übertragen: auf Menschen mit und ohne Migrationshintergrund – auf Menschen unterschiedlichen Lebensalters oder auf Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, die einen besonderen Bedarf haben, in einer Umwelt ohne unnötige Barrieren zu leben. Damit die Betroffenen dabei sind, wenn es bei Planungen und Entscheidungen der Politik um sie geht, sind in Koblenz bereits zahlreiche Institutionen wie der Seniorenbeirat, der Beirat für Migration und Integration, die Frauenbeauftragte, der Jugendrat oder der Behindertenbeauftragte geschaffen worden.

Wie wollen Sie in der kommenden Amtsperiode die Zusammenarbeit zwischen den Gremien der Politik bzw. den Fraktionen des Stadtrates mit den Selbsthilfeorganisationen der Betroffenen fortentwickeln? Unterstützen Sie die Einberufung eines Inklusionsbeirates? Wie sehen Sie Ihre Mitarbeit in solch einer Institution?

Was halten Sie von Zukunftskonferenzen für die Stadtteile mit mehr Bürgerbeteiligung und einem Miteinander der Generationen?

SPD-Fraktion:

Die genannten Institutionen sind für unsere Stadt von großer Wichtigkeit. Die Kommunalpolitik ist auf eine enge Zusammenarbeit mit ihnen angewiesen und die SPD-Fraktion wird diese Zusammenarbeit intensivieren. Unterstützenswert wären auch gemeinsame Tagung der genannten Gremien mit Beteiligung der Fraktionen, sodass alle Handlungsträger auf einem gemeinsamen Stand sind. Der SPD Koblenz liegt die Entwicklung unserer Stadtteile am Herzen. Zukunftskonferenzen mit Bürgerbeteiligung sind eine von vielen Möglichkeiten, die Stadtteile voran zu bringen. Die SPD bietet hier mit der Einrichtung von Quartiersbüros noch einen weiteren Vorschlag, der für unsere Stadtteile sinnvoll wäre.

6. Wohnen im Alter

Werden Sie Initiativen fördern, die ausreichenden und bezahlbaren, aber auch altersgerechten und barrierefreien Wohnraum schaffen, möglichst über öffentlich-rechtliche Wohnungsunternehmen? Unterstützen Sie die Initiative, dass geförderter Wohnraum grundsätzlich barrierefrei und seniorengerecht gebaut werden soll? Werden Sie sich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einsetzen, die für junge Familien ebenso wie für ältere Menschen die Lebensplanung empfindlich beeinträchtigen können? Werden Sie sich dafür einsetzen, die bereits beschlossenen Stadtteilbegehungen durchzuführen?

SPD-Fraktion:

Für uns ist zurzeit vordringlichstes Ziel, ausreichen bezahlbaren Wohnraum in Koblenz zu schaffen. Dieser Bedarf wird nicht allein über die Koblenzer Wohnbau zu leisten sein. Wir halten die Forderung nach einem grundsätzlichen barrierefreien Wohnungsbau für sinnvoll und unterstützenswert, allerdings lässt die aktuell gültige Landesbauordnung (§ 51: Barrierefreiheit) dies nicht zu.

Die Ratsfraktion der SPD hat sich für eine Abschaffung der Ausbaubeiträge ausgesprochen. Da von Seiten der Landesregierung eine solche Maßnahme als nicht durchführbar angesehen wird, sehen wir in den so genannten ‚wiederkehrenden Beiträgen‘ eine Möglichkeit, ein solidarisches Prinzip der Straßenausbaufinanzierung umsetzen zu können und die finanzielle Last einzelner abzumildern.

7. Administrative Unterstützung

Die Umstellung der öffentlichen Verwaltung auf elektronische Verfahren stellt für Behinderte, insbesondere solche mit Sehbeeinträchtigungen, aber auch für Neuzugewanderte und für viele Seniorinnen und Senioren weniger die beabsichtigte Erleichterung und Beschleunigung als vielmehr intransparente Erschwerung von Antragsverfahren, beispielsweise im Steuerwesen, dar. Werden Sie die Einrichtung zentraler Beratungsstellen, z.B. den Ausbau des Bürgeramtes zu einer solchen, unterstützen?

SPD-Fraktion:

Bezogen auf die kommunalen Aufgaben unterstützt die SPD eine stärkere Hilfestellung bei administrativen Angelegenheiten seitens des Bürgeramtes.

8. Bildung, Kultur, Teilhabe

Nach aktuellen Untersuchungen zeichnet sich ein Bild wachsender Altersarmut für einen Teil der lebenden Menschen, besonders aber für kommende Generationen ab. Die in Europa geforderte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen und die Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens im Alter erscheinen stark gefährdet. Werden Sie sich für Maßnahmen einsetzen, die grundsätzlich auch Seniorinnen und Senioren einen erleichterten (barrierefreien und kostenlosen oder vergünstigten) Zugang zu kommunalen Kultur-, Fortbildungs- und sonstigen Einrichtungen (z.B. zu Theater, Bibliothek, Museen und Sportstätten wie dem neuen Hallenbad mit Sauna) sichern?

SPD-Fraktion:

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für jedermann ist uns ein wichtiges Anliegen. Daher hat die SPD-Fraktion einen wöchentlichen kostenlosen Museumstag beantragt. Zwar wurde dieser Antrag nicht positiv abgestimmt, doch zumindest wird nun die Möglichkeit eines monatlichen kostenfreien Museumstages geprüft. Natürlich wird sich die SPD auch weiterhin für einen ermäßigten Zugang für Senioren, Menschen mit Behinderung und Inhabern einer Ehrenamtskarte in kommunale Einrichtungen aller Art einsetzen.